



Hochwasserrisikomanagement – Maßnahmenumsetzung
Stand 2017

Planungseinheit Donau (Mindel bis Wörnitz) (DIL_PE03)

Für die Erstellung des bayerischen Hochwasserrisikomanagement-Plans Donau bewerteten die betroffenen Städte und Gemeinden 2014 ihr Hochwasserrisiko und wählten Maßnahmen aus, die zur Risikoreduktion bis 2021 umgesetzt werden (lokale Ebene). Auch den Kreisverwaltungsbehörden (KVB), Wasserwirtschaftsämtern (WWA) und Regierungen standen auf sie zugeschnittene Maßnahmen zur Wahl (regionale Ebene). 2017 erfolgte eine Evaluation des Umsetzungsstandes der 2014 geplanten Maßnahmen. Nachfolgend sind die wichtigsten Ergebnisse der Evaluation aus der Planungseinheit DIL_PE02 zusammengefasst.

1 Überblick

Die Risikogewässer in dieser Planungseinheit sind die Donau sowie einige kleinere, nördliche Zuflüsse wie Brenz und Egau. Insgesamt belaufen sich die Risikogewässer auf eine Länge von 137 km.

Im Bereich der Donau wird der Hochwasserablauf erheblich durch das Hochwasserverhalten der Iller geprägt. Vor allem im Sommer kann es durch die Schneeschmelze in den Alpen und das gleichzeitige Auftreten starker Niederschläge zu Extremereignissen kommen. An den kleineren, nördlichen Zuflüssen kommt es vor allem durch lokal begrenzte starke Niederschlagsereignisse zu extremen Abflüssen, manchmal in Verbindung mit Schneeschmelze und gefrorenem Boden.

2 Beteiligung Evaluation

Insgesamt sind in dieser Planungseinheit 24 Kommunen von Überflutungen durch die Risikogewässer bedroht. 17 davon haben sich an der Evaluation beteiligt. Die Beteiligungsquote ist mit 71 % leicht über dem bayerischen Mittelwert von 63 % (Verteilung siehe Abb. 1). Auf regionaler Ebene (KVB, WWA und Regierungen) haben sich alle 5 Akteure beteiligt (= 100 %, Mittelwert Bayern 88 %).

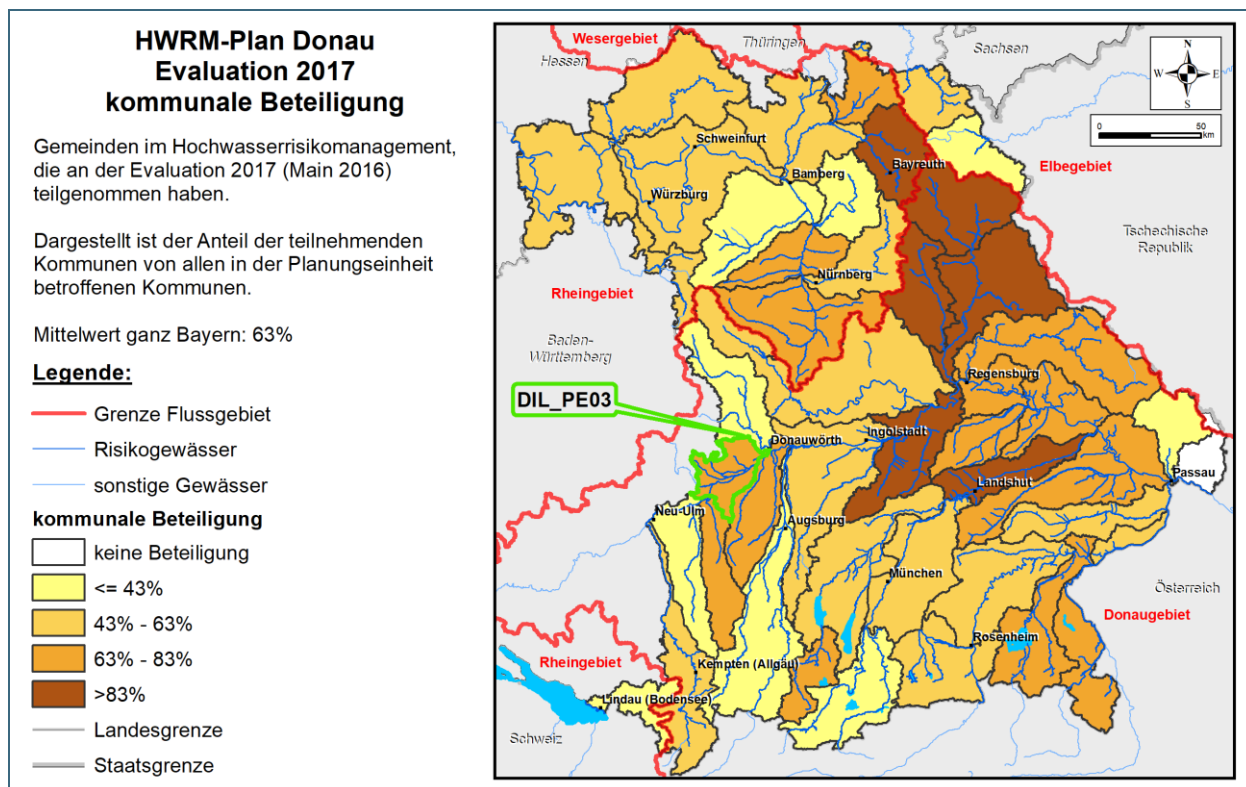


Abb. 1: Prozentuale kommunale Beteiligung an der Evaluation 2017 in den Planungseinheiten

3 Umsetzungsstand der geplanten Maßnahmen zur Risikoreduzierung

Das Ergebnis der kommunalen Risikobewertung 2014 in der Planungseinheit war, dass das Risiko etwas unter dem Durchschnitt an der bayerischen Donau eingeschätzt wird. Ein Hauptgrund dafür sind die vergleichsweise wenigen Nennungen eines hohen Risikos beim Schutzgut Mensch. Daraufhin wurden etwa durchschnittliche viele Maßnahmen geplant. Insgesamt wurden lokal 37 % und regional 72 % aller möglichen Maßnahmen gewählt (zum Vergleich bayerische Donau gesamt: lokal 38 %, regional 66 %).

3.1 Umsetzungsstand der lokalen Maßnahmen

Wie die an der Evaluation 2017 teilnehmenden Kommunen den aktuellen Umsetzungsstand dieser Maßnahmen angeben ist in Abb. 2 zu sehen. Abb. 3 zeigt dieselbe Darstellung von den Maßnahmen der regionalen Akteure.

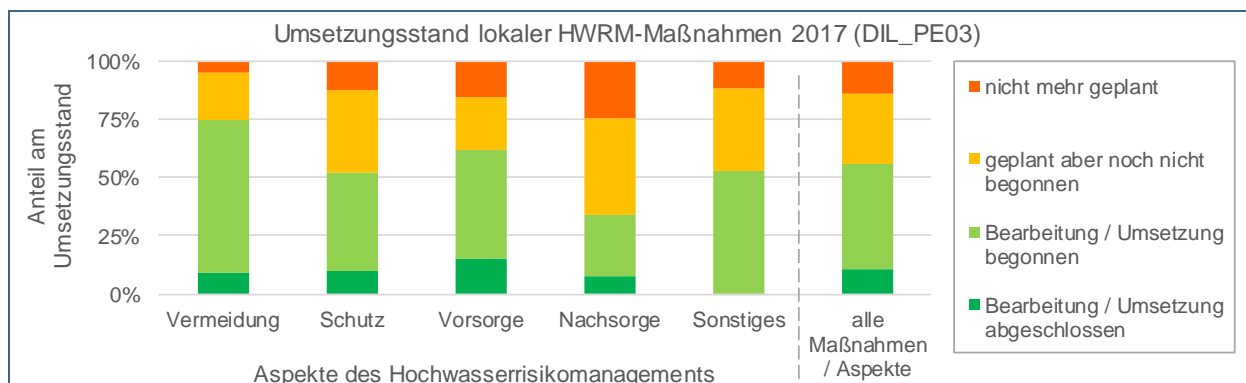


Abb. 2: Umsetzungsstand der lokalen Maßnahmen von Kommunen, die an der Evaluation teilgenommen haben – aufgeteilt je Aspekt und in Summe für alle evaluierten Maßnahmen

Die Anteile der jeweiligen Umsetzungsstände ähneln in dieser Planungseinheit dem Gesamtergebnis für diese Evaluation. Lediglich bei den Schutzmaßnahmen ist der Anteil „noch nicht begonnener“ Maßnahmen ein gutes Stück höher als im Mittel. Dass im Bereich Nachsorge ebenfalls viele Maßnahmen noch nicht begonnen sind entspricht dem Durchschnitt und der Tatsache, dass es viele Kommunen gibt, die in den letzten Jahren von größeren Hochwasserereignissen verschont geblieben sind.

3.2 Umsetzungsstand der regionalen Maßnahmen

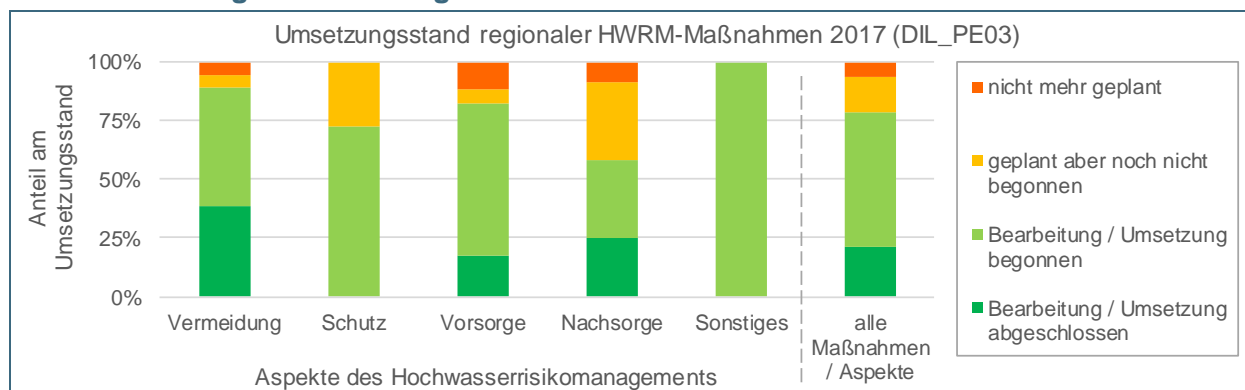


Abb. 3: Umsetzungsstand der regionalen Maßnahmen (KVB, WWA und Regierungen) – aufgeteilt je Aspekt und in Summe für alle Maßnahmen

Auf regionaler Ebene gilt das oben gesagte genauso. Zusätzlich fällt hier auf, dass fast alle noch geplanten Maßnahmen zur Vorsorge und Vermeidung bereits „begonnen“ oder abgeschlossen wurden.

3.3 Besonderheiten bei der Maßnahmenumsetzung (Einzelmaßnahmen)

Für dieses Kapitel werden nun besonders auffällige Einzelmaßnahmen auf lokaler Ebene genauer ausgewertet. Als Ergebnis wird im Folgenden aufgezeigt, welche Maßnahmen bei der Umsetzung schon relativ weit fortgeschritten sind und welche eher Probleme in der Umsetzung bereiten (siehe Tab. 1 und Tab. 2). Dabei wurden nur Maßnahmen berücksichtigt, die von mindestens 10 % aller Kommunen der Planungseinheit geplant und evaluiert wurden.

Tab. 1: **Lokale Maßnahmen, deren Umsetzung gut voranschreitet** - dargestellt sind die Maßnahmen, die zu einem besonders hohen Anteil bereits begonnen wurden oder abgeschlossen sind

Nr.	Aspekt	Kurzbeschreibung Maßnahme	begonnen bzw. abgeschlossen
317.1	Schutz	Erstellung von Konzepten für den technischen Hochwasserschutz	100 %
303.1	Vermeidung	Würdigung der Hochwasserrisiken im Rahmen der wasserrechtlichen Genehmigung bzw. ggf. im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens	94 %
324.3	Vorsorge	Aufstellung bzw. Fortschreibung einer Krisenmanagementplanung einschließlich der Aufstellung bzw. Fortschreibung von Hochwasser-, Alarm- und Einsatzplänen	90 %
303.3	Vermeidung	Integration des vorbeugenden Hochwasserschutzes bei der Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen	89 %
320.2	Schutz	Gewässerunterhaltung hochwasserangepasst	80 %
325.2	Vorsorge	Information von Wirtschaftsunternehmen	80 %

In Tab. 1 zeigt sich, dass in der Planungseinheit auf lokaler Ebene sowohl Vorsorge-, Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen sehr weit in der Umsetzung sind. Dass nicht ein Aspekt bevorzugt bearbeitet wird ist

positiv zu sehen, gibt es doch je nach den örtlichen Gegebenheiten ganz unterschiedliche Maßnahmen und Maßnahmentypen, die besonders effizient sind.

Tab. 2: **Lokale Maßnahmen, deren Umsetzung Probleme bereitet** - dargestellt sind die Maßnahmen, die zu einem besonders geringen Anteil bereits begonnen wurden oder abgeschlossen sind

Nr.	Aspekt	Kurzbeschreibung Maßnahme	begonnen bzw. abgeschlossen
327.3	Nachsorge	Fachgerechte Ermittlung der Hochwasserschäden an Gebäuden	13 %
315.3	Schutz	Umsetzung von Rückhaltemaßnahmen für Gewässer III. Ordnung	17 %
311.2	Schutz	Umsetzung von Rückhaltemaßnahmen auf Grundlage eines Gewässerentwicklungskonzepts	20 %
317.2	Schutz	Umsetzung von Konzepten für den technischen Hochwasserschutz	20 %
325.6	Vorsorge	Erstellung lokaler Gefahren- und Risikokarten und/ oder Listen lokal betroffener Objekte	20 %

Die Umsetzung von technischen Schutzmaßnahmen dauert oft länger als manche andere Maßnahme. Gleich drei Maßnahmen aus diesem Bereich wurden bislang noch kaum begonnen. Auch die Ergänzung der lokalen Karten mit lokal bedeutsamen Informationen wurde noch kaum angegangen.

3.4 Umsetzungsstand nach Priorität

Bei der Maßnahmenplanung 2014 wurde vom jeweiligen Akteur zu jeder Maßnahme vermerkt, wie dringend diese umzusetzen ist (hohe, mittlere oder geringe Priorität). Abb. 4 zeigt den Umsetzungsstand von allen evaluierten Maßnahmen der Planungseinheit (lokal und regional) in Abhängigkeit von der 2014 gewählten Prioritätsklasse.

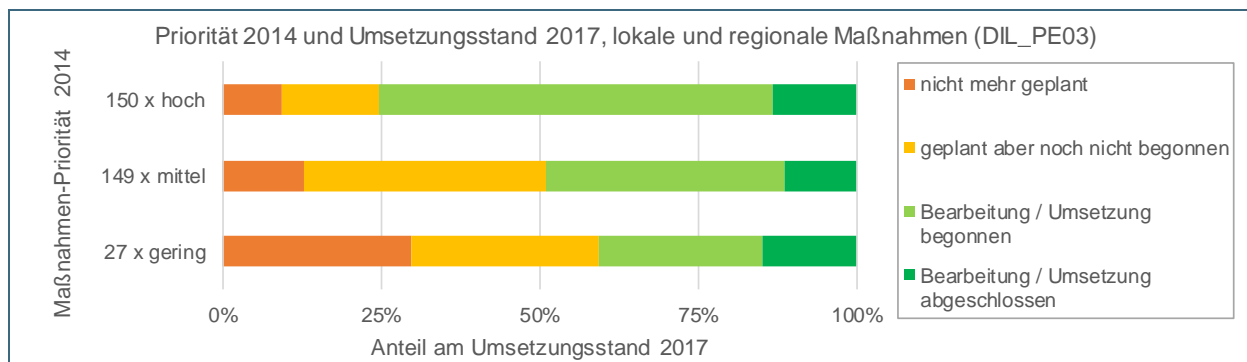


Abb. 4: Umsetzungsstand der 2014 gewählten und priorisierten Maßnahmen, über die Evaluationsergebnisse aus 2017 vorliegen - Planungseinheit DIL_PE02

Man erkennt, je höher die Priorisierung ist, desto seltener wurde die Maßnahmenplanung aufgegeben und desto häufiger wurde mit der Umsetzung der Maßnahme bereits begonnen. Wichtiges zuerst lautet das Motto der Akteure der Planungseinheit.

4 Einschätzung der Risikoveränderung 2014-2017

Ohne vertiefte Risikoanalyse wurden die Akteure (Kommunen, KVB, WWA und Regierungen) bei der Evaluation auch nach ihrer subjektiven Einschätzung zur Risikoänderung befragt.

Welche Angaben die an der Umfrage teilnehmenden Akteure 2017 gemacht haben, ist in Abb. 5 zu sehen. Interessant ist dabei die Frage, ob innerhalb des befragten Zeitraumes ein signifikantes Hochwasserereignis vor Ort stattgefunden hat, da dies meist das Risikobewusstsein erhöht (ggf. mit Wellen gekennzeichnete Bereiche in Abb. 5).



Abb. 5: Anteile der Nennungen zur Risikoänderung seit 2014 von den 2017 antwortenden Akteuren der Planungseinheit DIL_PE02. Bereiche mit Wellen (ggf.): Anteil der Akteure, mit signifikantem Hochwasserereignis seit 2014

Das Risiko in der Planungseinheit hat sich den aktuellen Einschätzungen zufolge in den letzten Jahren eher leicht erhöht. Zwar meint ein Akteur, dass sein Risiko leicht gesunken sei, drei andere Akteure sehen jedoch ein leicht, einer sogar ein stark gestiegenes Risiko. Der größte Anteil der Akteure (77 %) sieht jedoch ein unverändertes Risiko zu 2014.

Impressum:

Herausgeber:

Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU)
Bürgermeister-Ulrich-Straße 160
86179 Augsburg

Telefon: 0821 9071-0

Telefax: 0821 9071-5556

E-Mail: poststelle@lfu.bayern.de

Internet: www.lfu.bayern.de

Bearbeitung:

Ref. 69

Bildnachweis:

LfU

Stand:

Juli 2018

Postanschrift:

Bayerisches Landesamt für Umwelt
86177 Augsburg

Diese Publikation wird kostenlos im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von den Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zweck der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Publikation nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Publikation zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden. Bei publizistischer Verwertung – auch von Teilen – wird um Angabe der Quelle und Übersendung eines Belegexemplars gebeten.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind vorbehalten. Die Broschüre wird kostenlos abgegeben, jede entgeltliche Weitergabe ist untersagt. Diese Broschüre wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch nicht übernommen werden. Für die Inhalte fremder Internetangebote sind wir nicht verantwortlich.



BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung. Unter Tel. 089 122220 oder per E-Mail unter direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.